

Beschluss (vorläufig)

Transformation als Standortvorteil: auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie und zur Energieunabhängigkeit

Gremium: Länderrat

Beschlussdatum: 30.04.2022

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Transformation als Standortvorteil: Auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie

Antragstext

1 Für die deutsche und europäische Industrie ist die Überwindung der Abhängigkeit
2 von Kohle und Öl, von Gas und Uran die entscheidende Zukunftsfrage. Sie zu
3 beantworten, ist angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise und des russischen
4 Angriffskrieges gegen die Ukraine dringlicher denn je. Wladimir Putin hat die
5 globalisierte Welt in ihrer bisherigen Form ins Wanken gebracht und alte
6 Gewissheiten in Frage gestellt. Was bedeutet also internationale Friedens- und
7 Wirtschaftspolitik nach dem 24. Februar 2022?

8 Klar ist: Wir müssen uns auf eine neue friedens- und sicherheitspolitische sowie
9 außenwirtschaftliche Situation in Europa und der Welt einstellen. Es geht jetzt
10 um den kompletten ökonomischen Bruch mit Putins Russland. Im Falle von Russland
11 hat der Ansatz Wandel durch Handel zu einer gefährlichen Abhängigkeit geführt.
12 Das Geschäftsmodell basierend auf billigen russischen Fossilen auf Kosten
13 Dritter ist gescheitert. Gerade deshalb ist eine resiliente Wirtschaft so
14 wichtig – und auch von herausragender sicherheitspolitischer Bedeutung. Die
15 Auswirkungen des Krieges sind ein Weckruf; sie haben uns unsere Abhängigkeiten
16 von fossilen Energieträgern deutlich vor Augen geführt und erfordern dringend
17 die nochmalige Beschleunigung der nachhaltigen Transformation unseres
18 Energiesystems und unserer Wirtschaft.

19 Doch auch die weiteren großen Herausforderungen unserer Zeit sind durch den
20 Krieg nicht angehalten worden. Vielmehr haben sie sich wegen der
21 energiepolitisch volatilen Situation, wegen drohender kurz- bis mittelfristiger
22 Ausfälle etwa von Erdgas als Rohstoff und Energieträger noch einmal dynamisiert.
23 Im Kern bedeutet die aktuelle geopolitische Lage, dass wir die Transformation
24 zur klimaneutralen Produktion mit noch größerem Handlungsdruck und mit noch
25 schnellerem Tempo vorantreiben müssen. Für uns steht fest: Wer die
26 Transformation bremst, beschleunigt die die Krise.

27 Der letzte Bericht des Weltklimarats zeigt, dass die Weltgemeinschaft immer
28 tiefer in die Klimakrise zu rutschen droht. Wenn es uns als Menschheit nicht
29 gelingt, das Ruder herumzureißen, wird sich die Erde zum Ende dieses
30 Jahrhunderts nach aktuellem Verlauf um 3,2 Grad Celsius erwärmen – ein Szenario
31 mit katastrophalen Auswirkungen. Es gilt jetzt, so schnell wie möglich den Weg
32 hin zur Klimaneutralität zu beschreiten und die Erneuerbaren Energien konsequent
33 auszubauen.

34 Die industrielle Basis wird bei alledem auch in Zukunft das Rückgrat einer
35 starken, resilienten und innovativen Volkswirtschaft sein. Das bedeutet im
36 Umkehrschluss: Wenn wir nun endlich mit dieser Transformation beginnen und
37 sofort auf den Pariser Klimapfad zur Eindämmung der Erderwärmung auf 1.5°C
38 einschwenken, ist das eine große Chance für das Bestehen im internationalen
39 Wettbewerb um die Technologien von morgen. Nur so sichern wir den klimagerechten
40 Wohlstand.

41 Klimakrise und Coronapandemie, Biodiversitätskrise und Krieg in Europa: Die
42 Gleichzeitigkeit der aktuellen Krisen fordert die Unternehmen, die
43 Arbeitnehmer*innen und das ganze Land – im Verbund mit unseren europäischen
44 Partnern – auf nicht geahnte Weise. Wir setzen alles daran, Wertschöpfung und
45 gute Arbeitsplätze in dieser schwierigen Zeit zu erhalten. Und wir werden in der
46 Krise die strukturellen Veränderungen angehen, um gestärkt zu sein für die
47 kommenden Jahrzehnte. In einer Allianz aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
48 werden wir die wirtschaftlichen Weichen neu stellen. Dafür setzen wir auf eine
49 aktive und nachhaltige Industriepolitik, die bei Klimaschutz und Digitalisierung
50 vorangeht, unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärkt – und die
51 planetaren Grenzen respektiert.

52 Wir setzen uns ambitionierte Ziele: Nordrhein-Westfalen als Kernland vieler
53 energieintensiver Grundstoffindustrien, die bislang auf fossiler Basis und damit
54 mit hohen Treibhausgasemissionen produzieren, kann mit uns Grünen die erste CO₂-
55 freie Industrieregion Europas werden. Auf Bundesebene richtet die
56 Bundesregierung die Politik bereits konsequent auf das Ziel der Klimaneutralität
57 aus. Jetzt braucht es auch in Nordrhein-Westfalen eine Landesregierung, die
58 mitzieht.

59 Wir haben Schleswig-Holstein in den letzten beiden Legislaturperioden zum
60 absoluten Vorreiter der Energiewende gemacht. Schon heute machen die
61 Erneuerbaren Energien dort über 160% der Stromversorgung aus. Viele Unternehmen
62 arbeiten gerade daran, sich auf dieser Grundlage unabhängig von fossilen
63 Energien zu machen. Aus dem Klimaschutzprojekt Energiewende ist ein
64 Wirtschaftsbooster, aus den Erneuerbaren Energien ein Standortvorteil geworden.
65 Den gilt es, besonders in den nächsten 5 Jahren auszubauen. Wir kämpfen darum,
66 dass dieser Weg in Schleswig-Holstein unter grüner Führung weiter beschritten
67 werden kann; auch weil wir Schleswig-Holstein von Länderseite als
68 energiepolitischen Impulsgeber auf Bundesebene benötigen.

69 **Klimaschutz schafft Wohlstand, Arbeitsplätze und Sicherheit**

70 Die Märkte der Zukunft werden digital und klimaneutral sein – in der Region, in
71 Europa und weltweit. Für ein exportorientiertes Land ist es deshalb besonders
72 wichtig, früh und konsequent diesen Weg zu gehen und die Lösungen für eine
73 klimaneutrale Gesellschaft zu entwickeln, um auf dem internationalen Markt
74 weiterhin standhalten zu können. Auch unsere Bundesländer können international
75 Vorbilder sein, Nordrhein-Westfalen etwa als Vorreiter einer klimaneutralen
76 Industrie. Global muss Deutschland ein Zeichen setzen: Klimaneutraler Wohlstand
77 ist möglich. Diese Chancen gilt es, zu ergreifen, denn wer zaudert und zögert,
78 riskiert, den Anschluss zu verlieren.

79 Insbesondere die Grundstoffindustrien Stahl, Chemie und Zement sind auf große
80 Mengen Energie angewiesen. Als Industriezweig mit den höchsten
81 Treibhausgasemissionen produzieren sie zugleich Grundstoffe, die entscheidend
82 sind für viele weitere wichtige Branchen mit hoher Wertschöpfung – von der

83 Automobilindustrie über den Maschinenbau bis hin zur Bauindustrie. Die
84 Transformation dieser Branchen ist fundamental für das Erreichen der Klimaziele
85 und die Schaffung klimagerechten Wohlstands. Auch mit Blick auf einen möglichen
86 sofortigen Wegfall russischer Gasimporte treten wir in einen strategischen
87 Dialog mit der energieintensiven Industrie zur Umstellung und Flexibilisierung
88 von Produkten, Produktionsprozessen und Wärmebereitstellung. So kann die
89 notwendige „gesicherte Leistung“ schnell signifikant gesenkt werden und der
90 Energiebezug flexibel an die Erneuerbare Erzeugung angepaßt werden.

91 Wir sehen, dass sich die grüne Wende auf dem Finanzmarkt (Sustainable Finance)
92 auch immer stärker in Investitionsentscheidungen vor Ort niederschlägt und diese
93 an die Nachhaltigkeit von Produktionsweisen, Geschäftsmodellen oder der
94 Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien gekoppelt werden. So hat etwa der
95 Halbleiterhersteller Intel seine Standortentscheidung mit einem
96 Investitionsvolumen von 17 Mrd. Euro und 3000 neuen Arbeitsplätzen explizit
97 wegen seiner Nachhaltigkeitsziele von der Verfügbarkeit von grünem Strom
98 abhängig gemacht, genauso wie Tesla seine Standortwahl in Brandenburg mit bis zu
99 12000 Mitarbeitenden mit der Verfügbarkeit sauberer Energie begründet.

100 Vor diesem Hintergrund stehen wir für eine Politik, die fordert, führt und
101 verlässlich steuert. Nicht, weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern
102 weil die Wirtschaft klare Verhältnisse und verlässliche politische
103 Rahmenbedingungen braucht. Wir machen Politik, die den Wandel unterstützt, statt
104 ihn zu behindern oder zu verschieben. Nur so haben Unternehmen
105 Planungssicherheit, richten ihre Produktion und Dienstleistungen auf
106 Klimaneutralität aus – und investieren in klimaneutrale Geschäftsmodelle und
107 Prozesse.

108 Auf dem Weg zur Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren hunderttausende
109 neue Jobs entstehen – sogenannte Green Jobs. Gleichzeitig ist die ökologische
110 Transformation für viele Menschen und Unternehmen eine große Herausforderung.
111 Dort, wo sich Jobprofile grundlegend verändern, werden wir Unternehmen und
112 Beschäftigte auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen Wirtschaftssystem
113 unterstützen und ihnen zur Seite stehen. Mit einer Überarbeitung der
114 Fachkräftestrategie werden wir dafür sorgen, dass die Potentiale von
115 Weiterbildung und Umschulungen stärker genutzt werden. Wir wollen zudem die
116 Erwerbsbeteiligung von Frauen, älteren Erwerbspersonen sowie Menschen mit
117 Behinderung weiter verbessern. Auch Arbeitskräftezuwanderung soll leichter
118 möglich werden.

119 Dabei sind Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung zentral. Sie
120 sind unerlässlich für einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie, für gute
121 Arbeit für alle. Deswegen wollen wir die betriebliche Mitbestimmung – gerade
122 auch dort, wo sie noch nicht so stark ausgeprägt ist – stärken und
123 Umgehungsmöglichkeiten verhindern. Noch in der laufenden Legislaturperiode
124 schaffen wir auf Bundesebene ein Tariftreuegesetz und erarbeiten weitere
125 Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung.

126 **Europäische Zusammenarbeit für erfolgreiche Maßnahmen zur CO₂-Reduktion**

127 Mit dem Abbau von Hürden bei der Nutzung von selbst erzeugtem erneuerbarem Strom
128 und einem zunehmenden Einsatz von grünem Wasserstoff treiben wir die
129 Dekarbonisierung der Prozesse voran. Klimaverträge (Carbon Contracts for
130 Difference), die die Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den
131 tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten finanzieren, sorgen für

132 Investitionssicherheit. Diese federn das Investitionsrisiko für die Unternehmen
133 ab und regen sie an, Milliarden in Klimaneutralität zu investieren. In der
134 Ampel-Koalition geben wir den Unternehmen durch die Erhöhung der Haushaltsmittel
135 für diese Klimaverträge nun endlich die politische und finanzielle
136 Verbindlichkeit, die lange fehlte – und deren Abwesenheit privatwirtschaftliche
137 Investitionen ausgebremst hat. Gleichzeitig schaffen wir durch Mindestquoten in
138 der öffentlichen Beschaffung sichere Absatzmärkte für klimafreundliche Produkte.

139 Für bestimmte Produkte mit hohen CO₂-Emissionen, bei denen die europäischen
140 Herstellerunternehmen im globalen Wettbewerb stehen, soll es auf EU-Ebene einen
141 wirksamen Grenzausgleich für steigende CO₂-Kosten geben. So erhalten wir die
142 Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auch im Transformationsprozess.
143 Entsprechende CO₂-intensive Produkte, die aus Regionen ohne äquivalente CO₂-
144 Bepreisung kommen, sollen beim Import nach Europa einen dem europäischen
145 Emissionshandel entsprechenden Beitrag leisten. So wird für einen fairen
146 Ausgleich im internationalen Handel gesorgt, Klimadumping verhindert und Anreize
147 gesetzt, auch in anderen Weltregionen wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu
148 ergreifen.

149 Wir unterstützen daher grundsätzlich den Vorschlag der EU-Kommission und des
150 Rates, ein Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) als
151 wirksames Schutzinstrument vor Emissionsverlagerung (Carbon Leakage) einzuführen
152 und das bisherige System freier Zuteilungen im ETS zu ersetzen.

153 Wir werden den weiteren Gesetzgebungsprozess konstruktiv begleiten, damit der
154 Grenzausgleich WTO-konform ausgestaltet wird, Exporte aus der EU berücksichtigt,
155 die notwendigen Anreize zur Transformation setzt und dabei gleichzeitig einen
156 fairen Wettbewerb auf den internationalen Märkten sicherstellt.

157 Ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus wird umso stärker, je mehr Länder sich
158 beteiligen. Wir streben deshalb eine Zusammenarbeit mit internationalen Partnern
159 beim Grenzausgleich an, mit der Vision, langfristig einen großen Handelsraum für
160 klimaneutrale Produkte zu schaffen.

161 Die industrielle Revolution der Dekarbonisierung muss europäisch zum
162 Erfolgsmodell werden. Wenn Deutschland allein seine Industrie modernisiert, wird
163 langfristig der Unterschied in der Wettbewerbsfähigkeit einzelner
164 Mitgliedsstaaten zu groß – und damit zur Gefahr für den gemeinsamen Binnenmarkt
165 und die Europäische Union. Deswegen soll es auch auf europäischer Ebene einen
166 Rahmen für Klimaverträge geben. Bessere Marktbedingungen und damit
167 Investitionssicherheit wollen wir durch gemeinsame Standards erreichen, zum
168 Beispiel durch ein Label für klimaneutrale Produkte und klare Vorgaben in der
169 europäischen Ökodesign-Richtlinie.

170 Für eine grüne Transformation der Industrie brauchen wir eine gesicherte
171 Versorgung mit (kritischen) Rohstoffen und strategischen Gütern wie etwa
172 Halbleitern, damit etwa der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingen kann.
173 Dafür wird eine genuine EU- Strategie benötigt, die auf Kreislaufwirtschaft,
174 Diversifikation von Handelspartnern und starken Investitionen in Forschung und
175 Entwicklung basiert. Der von der Kommission vorgeschlagene Chips Act bietet sich
176 als ein möglicher Ansatzpunkt an.

177 **Energieunabhängigkeit mit Erneuerbaren, Effizienz und Einsparungen**

178 Die Sicherheit der Energieversorgung ist essentiell für die Zukunftsfähigkeit
179 der Industrie. Der wichtigste Schlüssel dazu ist der schnellere Ausbau der

180 Erneuerbaren Energien, das Ende unserer Abhängigkeit von russischen
181 Energiequellen und der Komplettausstieg von fossilen Energieträgern. Wir wollen
182 bis 2035 zu 100% Erneuerbare Energien. Nur so kann die Importabhängigkeit von
183 fossilen Rohstoffen überwunden und Energiesicherheit erreicht werden. Wir haben
184 in der Bundesregierung mit dem Osterpaket ein Ausbauprogramm für die
185 Erneuerbaren Energien inklusive der Beschleunigung von Planungsprozessen auf den
186 Weg gebracht, das es seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 so noch nicht
187 gegeben hat.

188 Wir übernehmen Verantwortung für die Versorgungssicherheit. Dabei kann sich der
189 Bund auf die Unterstützung von Schleswig-Holstein verlassen, das einen deutlich
190 höheren Anteil Erneuerbarer Energien bereitstellt, als es dessen Anteil an der
191 Bundesfläche entspricht, und mindestens 10% der bundesweit an Land
192 erforderlichen Strommenge aus Erneuerbaren Energien erzeugen will. Dafür wollen
193 wir erreichen, dass das Land künftig 3% seiner Fläche für die Windenergie an
194 Land zur Verfügung stellt.

195 Genauso verstärken wir bundesweit die Anstrengungen zum Energiesparen und zur
196 Erhöhung der Energieeffizienz drastisch. Die Zeiten von billigem, pipeline-
197 gebundenem russischem Gas sind unwiderruflich vorbei. Nichts, auch nicht grüner
198 Wasserstoff, wird Kohle, Öl und insbesondere Gas eins zu eins ersetzen. Mit dem
199 zweiten Entlastungspaket wurden zur Erhöhung der Energieeffizienz wichtige
200 Weichen im Gebäudesektor gestellt. So gilt ab 2023 im Neubau der
201 Effizienzstandard 55; ab 2024 muss jede neue Heizung mit 65% Erneuerbaren
202 Energien betrieben werden. Kurzfristig wollen wir zudem durch eine breit
203 getragene Energiesparkampagne im Bestand mit einfachen Maßnahmen Wärmebedarfe
204 verringern.

205
206 Die Beschleunigung der Energiewende ist dabei auch eine Frage der nationalen und
207 europäischen Sicherheit. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Aufbau von
208 Infrastrukturen für die verlässliche Energie- und Rohstoffversorgung der Zukunft
209 ist von überragendem öffentlichem Interesse. In der Bundesregierung arbeiten wir
210 intensiv daran, das Tempo etwa über die Beschleunigung von Planungs- und
211 Genehmigungsverfahren weiter zu erhöhen und entwickeln eine Speicherstrategie.
212 Kurzfristig können wir Wind- und Solarstrom mehr nutzen, indem wir die
213 Voraussetzungen dafür schaffen, dass er weniger häufig abgeregelt wird. Das
214 stärkt zugleich Bürger*innenenergie, Mieter*innenstrom und EnergySharing auf
215 Basis von Erneuerbaren.

216 Neben guten Rahmenbedingungen für die Windkraftindustrie wollen wir die
217 Photovoltaik-Produktion in Europa wieder neu ansiedeln. Es darf nicht sein, dass
218 in der EU zwar die neusten Solarzellen entwickelt, aber nicht hier gebaut
219 werden. Daher werden wir eine europäische Industrialisierungsoffensive (IPCEI)
220 für die Solarproduktion auf den Weg bringen. Die gleichen Anstrengungen müssen
221 wir auch mit Blick auf Wärmepumpen und serielle Sanieren unternehmen.

222 Um die Energie-Abhängigkeit von Russland in schnellem Tempo zu beenden, benötigt
223 es allerdings auch kurzfristige Maßnahmen zur Diversifizierung. Wir
224 unterstützen, dass die Bundesregierung unter Hochdruck und in enger Abstimmung
225 mit unseren europäischen Nachbarn neue LNG-Terminals errichtet. Wichtig ist,
226 dass hier locked-in-Investitionen verhindert werden und die Terminals daher
227 wasserstoff-ready sind. Zudem braucht es eine ambitionierte
228 Erdgasausstiegsstrategie. Wir stellen rechtlich sicher, dass Gasspeicher in
229 Zukunft immer ausreichend gefüllt sind. Dazu hat der Deutsche Bundestag auf

230 Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums ein Gesetz zur verpflichtenden
231 Einspeicherung von Gas beschlossen. Zudem muss gewährleistet sein, dass
232 Kohlekraftwerke als Backup zur Verfügung stehen. Am Kohleausstieg bis 2030
233 halten wir weiterhin fest. Wir müssen schnellstmöglich raus aus den fossilen
234 Energieträgern, aber bis wir dort sind, werden wir eine diversifizierte
235 Versorgung sicherstellen.

236 Auf dem Weg zur globalen Klimaneutralität werden wir diejenigen Länder
237 unterstützen, für die der Wandel noch härter zu stemmen ist.

238 **Klimaneutralität in der Industrie mit Grüner Technologie**

239 Die energieintensive Stahlindustrie verursacht rund 30% der deutschen Industrie-
240 Emissionen. Zugleich ist sie eine Schlüsselindustrie für unsere Volkswirtschaft
241 und für funktionierende Wertschöpfungsketten. Nordrhein-Westfalen ist der
242 wichtigste Standort der Stahlindustrie in Deutschland und Europa.

243 Die deutsche Stahlindustrie ist bereits weltweit führend bei der Entwicklung von
244 Technologien für eine CO₂-arme Stahlproduktion. Deutsche Anlagen und Stahlwerke
245 gehören zu den energieeffizientesten weltweit. Darauf müssen wir aufbauen und
246 die nächsten Schritte gehen. So wie ein Großteil der Emissionen und des
247 Energieverbrauchs in der Industrie liegen, können auch dort die größten
248 Einsparungen realisiert werden. Wir setzen uns für den Erhalt einer
249 nachhaltigen, innovativen und wettbewerbsfähigen Stahlindustrie in Deutschland
250 und damit vor allem in Nordrhein-Westfalen ein.

251 Wir unterstützen die Stahlindustrie in der anstehenden Transformation und
252 schaffen klare Rahmenbedingungen auf Bundes- wie auf Landesebene, damit die
253 Umstellung auf wasserstoffbasierte Verfahren gelingen und klimafreundlicher
254 Stahl am Standort Deutschland wettbewerbsfähig produziert werden kann. Projekte
255 wie das von thyssenkrupp steel und der Steag, für das spätestens im kommenden
256 Jahr die Investitionsentscheidung für eine 520MW-Elektrolyse-Anlage fallen wird,
257 wären hier wegweisend.

258 Der Bund und die Länder stellen insgesamt mehr als acht Mrd. Euro für die
259 wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse zu Wasserstoff („IPCEI
260 Wasserstoff“) bereit. Damit sollen bis 2030 rund 12,8 Mio. Tonnen pro Jahr an
261 CO₂-Emissionen eingespart werden. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz,
262 für die Wettbewerbsfähigkeit und für Arbeitsplätze der Zukunft. Besonders
263 wichtig sind dabei die Projekte zur Umstellung auf klimaneutrale Produktion von
264 grünem Stahl auf Basis von Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien. Alle in
265 Deutschland tätigen Stahlunternehmen erhalten Fördermittel aus dem IPCEI. Die
266 Projekte bilden die gesamte Wertschöpfungskette ab.

267 Außerdem können im Förderprogramm „Dekarbonisierung in der Industrie“
268 Investitionen der Stahlindustrie gefördert werden. Zugleich arbeitet die
269 Bundesregierung an einem deutlichen Ausbau der nationalen Wasserstoff-
270 Erzeugungskapazitäten und der relevanten Infrastruktur, etwa Pipelines zum
271 Transport.

272 Für uns hat die Versorgungssicherheit der Industrie mit grünem Wasserstoff
273 absolute Priorität. Mit einer Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien und
274 gezielter Förderung bauen wir die heimische Produktion von grünem Wasserstoff
275 auf. Gleichzeitig werden wir die notwendigen Importinfrastrukturen für grünen
276 Wasserstoff mit Hochdruck entwickeln und nachhaltig gestalten. Dabei wollen wir
277 das Potential für wettbewerbsfähigen Wasserstoff aus Deutschland, der EU und dem

278 europäischen Kontinent maximal nutzen, indem wir die Erneuerbaren sowie die
279 Elektrolysekapazitäten und innereuropäische Pipelines ambitioniert ausbauen, und
280 gleichzeitig den Zugang zu grünem Wasserstoff auf dem Weltmarkt erschließen,
281 u.a. auch durch einen weiteren Ausbau des Programms H2Global und weiterer
282 Energiepartnerschaften auf Augenhöhe mit Partnerländern in Regionen, in denen
283 die klimatischen Bedingungen für die Produktion von Wasserstoff auf erneuerbarer
284 Basis besonders günstig sind.

285 Wie in der Stahlproduktion gibt es auch in anderen Grundstoffindustrien viele
286 Prozesse, bei denen eine direkte Elektrifizierung nicht möglich ist. Für diese
287 Fälle ist grüner Wasserstoff die Lösung, um dennoch Klimaneutralität zu
288 erreichen. Zusätzlich können Wasserstoff und seine Derivate wie Ammoniak – etwa
289 in Brennstoffzellen – einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.
290 Aber nur grüner Wasserstoff aus Erneuerbarer Energie bringt einen wirklichen
291 Vorteil für das Klima. Deswegen sind Wasserstoff und der Ausbau von Wind- und
292 Solarenergie untrennbar miteinander verbunden. Aktuell gibt es allerdings weder
293 ausreichend viele Anlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff aus Ökostrom
294 noch ausreichend Strom aus Erneuerbaren Energiequellen. Wer den
295 Industriestandort erhalten und umbauen will, muss deshalb die 1000-Meter-
296 Abstandsregel in Nordrhein-Westfalen und die 10H-Regel in Bayern hinter sich
297 lassen – und den Ausbau aller Erneuerbaren überall offensiv voran treiben.

298 Auch in Zukunft wird grüner Wasserstoff weltweit ein knappes Gut sein. Daher
299 setzen wir uns im Sinne der Energieeffizienz dafür ein, dass er vorrangig dort
300 zum Einsatz kommt, wo die CO₂-Einsparung am größten ist oder es keine
301 technologischen oder wirtschaftlichen Alternativen gibt. Das ist neben der
302 Industrie – insbesondere der Chemie-, Stahl- und Zementindustrie – vor allem der
303 Flug- und Schiffsverkehr. Die nationale Wasserstoffstrategie überarbeiten wir
304 entsprechend.

305 **Transformation zur Kreislaufwirtschaft auch in der Chemieindustrie**

306 Die chemische Industrie stellt einen großen Anteil an der Wertschöpfung in
307 Deutschland und hat eine lange Tradition. Sie schafft sichere Arbeit für rund
308 500.000 Menschen; allein in Nordrhein-Westfalen sind es fast 100.000
309 Beschäftigte. Zudem hängen eine Vielzahl weiterer Branchen und
310 Produktionsbereiche mit der chemischen Industrie zusammen, da sie für viele
311 Prozesse benötigte Stoffe herstellt. Um die Chemieindustrie auf dem 1,5-Grad-
312 Pfad zu unterstützen, gehen wir die zentralen Herausforderungen beherzt an.

313 Neben der sicheren Versorgung mit Erneuerbarer Energie wollen wir eine
314 Kreislaufwirtschaft etablieren, die u.a. auf eine massive Ausweitung des
315 Recyclings setzt. Unser Ziel ist eine Chemie ohne Abfälle mit weitgehend
316 geschlossenen Stoffkreisläufen, um die deutsche Industrie auch unabhängiger von
317 Rohstoffimporten zu machen. Hierzu passen wir den bestehenden rechtlichen Rahmen
318 an, definieren klare Ziele und überprüfen abfallrechtliche Vorgaben und
319 Sammelmöglichkeiten. In einer „Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie“ bündeln
320 wir bestehende rohstoffpolitische Strategien, entwickeln diese weiter und
321 unterstützen die Vorschläge der Europäischen Kommission für ökologische
322 Produktstandards (Ökodesign-Richtlinie) sowie einheitliche
323 Nachhaltigkeitsstandards. Anforderungen an Produkte müssen europaweit
324 ambitioniert und einheitlich festgelegt werden. Produkte dürfen keine umwelt-
325 und gesundheitsschädlichen Substanzen enthalten und müssen langlebig und
326 wiederverwendbar, recycelbar und möglichst reparierbar sein. Wir unterstützen

327 die Einführung eines digitalen Produktpasses, um Informationen über die Produkte
328 leicht und überall verfügbar zu machen.

329 Wir streben darüber hinaus Quoten und Benchmarks für Rohstoffe aus
330 Recyclingprozessen sowie den Energieverbrauch für bestimmte Prozesse an. Diese
331 müssen durch Maßnahmen für Importprodukte flankiert werden. Es ist entscheidend,
332 dass Maßnahmen wie etwa Quoten zu einer Schaffung von funktionierenden Märkten
333 für recycelte (kritische) Rohstoffe führen. Diese dürfen nicht in Konkurrenz zu
334 primären Rohstoffmärkten stehen.

335 **Klima- und sozialgerechter Strukturwandel in den Kohleregionen**

336 Durch den beschlossenen Ausstiegspfad aus der Kohle bis 2030 und das absehbare
337 Ende der Kohleverstromung ist der Strukturwandel im Rheinischen Revier, in den
338 Kohleregionen Ostdeutschlands und den Standortkommunen der Steinkohlekraftwerke
339 in vollem Gang. Wir wollen, dass er auch klima- und sozialgerecht gestaltet
340 wird. So schaffen wir neuen Wohlstand, bieten Sicherheit und erhalten
341 Lebensqualität. Wir begreifen die Gestaltung des Wandels als
342 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um Regionen und insbesondere die dort
343 ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen, wollen wir daher
344 regionale Transformationscluster auflegen.

345 Auch die Beschäftigten wollen wir auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen
346 Wirtschaftssystem in den Strukturwandelregionen unterstützen, vor allem, wenn
347 sich Jobprofile grundlegend verändern oder Arbeitsplätze bedroht sind. Die
348 Beschäftigten etwa in der Kohleindustrie haben unglaublich viel geleistet.
349 Niemand von ihnen wird ins Bergfreie fallen. Deswegen braucht es in der
350 ökologischen Transformation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und
351 Qualifizierung. Mit einer Qualifizierungsoffensive wollen wir die Menschen durch
352 den Strukturwandel begleiten und so auch dem Fachkräftemangel in vielen
353 Bereichen begegnen, denn wir brauchen tatkräftige und qualifizierte Menschen für
354 die ökologische Transformation.

355 Der Weiterbildung kommt im Transformationsprozess eine Schlüsselrolle zu.
356 Deswegen hat sich die Ampel das ambitionierteste Weiterbildungsprogramm aller
357 bisherigen Bundesregierungen aufgelegt. Diejenigen, die neue Perspektiven oder
358 Qualifizierung benötigen, unterstützen wir mit dem neuen, an das
359 Kurzarbeitergeld angelehnten Qualifizierungsgeld. Damit können Unternehmen im
360 Strukturwandel unterstützt, ihre Beschäftigten durch Qualifizierung im Betrieb
361 gehalten und Fachkräfte gesichert werden.

362 Auch wollen wir vor Ort mehr Mitspracherechte für die Zivilgesellschaft und
363 Räume für den gesellschaftlichen Austausch schaffen. Denn der
364 Strukturwandelprozess muss breit getragen und von den Menschen vor Ort
365 gemeinsam gestaltet werden können.